



NR°3  
August 2018

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: Dirk Meisel

## EIN JA FÜR VELO UND FAIR-FOOD

An der Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am 23. Juni in St. Gallen haben die Delegierten der EVP Schweiz die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Velowege sowie zur Fair-Food-Initiative gefasst. Die Initiative für Ernährungssouveränität empfahlen die Delegierten zur Ablehnung. Mit herzlichem Applaus verabschiedete die EVP Generalsekretär Dominik Währy und begrüßte seinen Nachfolger Roman Rutz.

**M**it 67 zu 2 bei 1 Enthaltung beschlossen die EVP-Delegierten die Ja-Parole zum Bundesbeschluss über die Velowege. «Mit dieser sinnvollen Verfassungsänderung können wir in der Schweiz das Velofahren künftig einheitlich und über Gemeinde- und Kantons Grenzen hinweg fördern», betonte EVP-Nationalrat Nik Gugger in seinem Plädoyer für den Beschluss. Es handelt sich um den direkten Gegenentwurf zur ursprünglichen Velo-Initiative, die dafür zurückgezogen wurde. «Ausgebaute Radwege bedeuten Sicherheit für Velofahrende. Velofahren entlastet den öffentlichen Verkehr und die Strassen. Es senkt den Raumbedarf für Verkehrsinfrastruktur und ist immer noch die energieeffizienteste Art der Fortbewegung», fasste Nik Gugger die Vorteile zusammen. «Vom Ausbau der Velowege profitieren alle», so Guggers Fazit.

Mit 55 zu 12 bei 3 Enthaltungen sagten die Delegierten ebenfalls Ja zur Fair-Food-Initiative. Aus Sicht der EVP-Delegierten ist die Initiative ein erster Schritt gegen Öko- und Sozialdumping der

Agro-Industrien und ihre Produktionsmethoden, die auf grossflächige Monokulturen, Massentierhaltung und den Einsatz chemischer Stoffe setzen.

Schliesslich fassten die Delegierten mit 58 Nein zu 6 Ja bei 6 Enthaltungen die Nein-Parole zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität». Die Anliegen der Initiative werden mit der heutigen Agrarpolitik des Bundes bereits weitgehend berücksichtigt, ebenso in der Bundesverfassung, die eben erst vom Volk durch den Artikel zur Ernährungssicherheit ergänzt worden ist.

Mit herzlichem Applaus dankten die Delegierten dem scheidenden Generalsekretär Dominik Währy für sein Engagement und hiessen seinen Nachfolger Roman Rutz im Amt willkommen.

VON DIRK MEISEL, LEITER KOMMUNIKATION EVP SCHWEIZ  
[dirk.meisel@evppev.ch](mailto:dirk.meisel@evppev.ch)

MENSCHEN ALS WARE 4 - 5

Menschenhandel heute: Ausbeutung, Prostitution, Loverboys – Ein Interview über Täter und ihre Opfer.

MENSCHEN OHNE AUSWEG 6 - 7



Arbeitsausbeutung mitten in der Schweiz: Schuften rund um die Uhr ohne Ruhezeiten und Arbeitnehmerschutz. Das Interview.

FÜR MENSCHEN AM RANDE 12

FÜR MENSCHEN AM RANDE 12

Pfarrer Ernst Sieber. Der Anwalt der Obdachlosen und Drogensüchtigen ist tot. Sein Werk lebt weiter.

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser

«Wer etwas tun will für die Armen muss etwas tun gegen die Armut. Wer etwas tun will für die Unterdrückten muss etwas tun gegen die Unterdrückung.» Mit diesen Worten beschrieb der Schriftsteller Peter Bichsel unter anderem sein Verständnis von der Verpflichtung des Christen zur

Politik.

In der vorliegenden Nummer der «Akzente» ehren wir den kürzlich verstorbenen Obdachlosenpfarrer und ehemaligen EVP-Nationalrat Ernst Sieber. Ein schweizweit bekanntes Vorbild dafür, wie dem Evangelium Hände und Füsse verliehen und wie es mit Kopf und Herz vorgelebt werden kann. Ende der 80er Jahre schrieb er den Bestseller «Menschenware – wahre Menschen».

Auch heute steht der Begriff «Menschenware» für eine der wirklich krassen Ungerechtigkeiten unseres Jahrhunderts: Den Menschenhandel und die Ausbeutung schwächerer Mitmenschen. Ein Menschenmissbrauch gigantischen Ausmasses, von dem wir glaubten, er sei mit der Abschaffung der Sklaverei ausgemerzt und vor allem in der wohlhabenden Schweiz kein Thema mehr. Dem ist leider nicht so. Menschenhandel ist ein schweres Verbrechen gegen die Freiheit und bedeutet eine gravierende Verletzung der Menschenwürde. Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung: Es ist die bekannteste und international meist diskutierte Form des Menschenhandels, auch wenn die Erkenntnisse über Ausmass und Ausprägung des Phänomens nach wie vor nur zum Teil vorhanden sind. Irene Hirzel, Geschäftsführerin von ACT212 kämpft, recherchiert und informiert an vorderster Front zusammen mit der eidgenössischen Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) und weiteren engagierten Organisationen. Lesen Sie das Interview, das Dirk Meisel mit ihr geführt hat, zum Fokusthema Menschenhandel, Prostitution und sexuelle Ausbeutung in diesem Heft.

Die EVP Schweiz engagiert und exponiert sich dagegen, dass wahre Menschen zu Menschenware werden.

*Marianne Streiff*

Marianne Streiff  
Präsidentin der EVP Schweiz

## EVP AUF SOCIAL MEDIA



[www.facebook.com/evppev](http://www.facebook.com/evppev)



[@evppev](https://twitter.com/evppev)

## PAROLEN

Beschlossen von der Delegiertenversammlung vom 23. Juni 2018 in St. Gallen für die Volksabstimmung vom 23. September 2018:

**BUNDESBESCHLUSS ÜBER DIE VELOWEGE SOWIE DIE FUSS- UND WANDERWEGE (DIREKTER GEGENENTWURF ZUR VOLKSABSTIMMUNG «ZUR FÖRDERUNG DER VELO-, FUSS- UND WANDERWEGE (VELO-INITIATIVE)»)** JA

**VOLKSINITIATIVE «FÜR GESUNDE SOWIE UMWELTFREUNDLICH UND FAIR HERGESTELLTE LEBENSMITTEL (FAIR-FOOD-INITIATIVE)»** JA

**VOLKSINITIATIVE «FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT. DIE LANDWIRTSCHAFT BETRIFFT UNS ALLE»** NEIN

## O-TON

 Artikel auf vatican news vom 29. Juli 2018

«Es liegt in der Verantwortung aller, Ungerechtigkeiten anzuklagen und mit Standfestigkeit diesem schändlichen Verbrechen entgegenzutreten.»

Papst Franziskus zum internationalen Tag gegen den Menschenhandel am 30. Juli 2018

## TERMINE 2018

**10.09. - 28.09.** Herbstsession des eidgenössischen Parlaments

**23.09.** Eidgenössische Volksabstimmung

**15.09.** Delegiertenversammlung, La Neuveville



## KOMMENTAR



### Eine Frage des Klimas

Die Schweiz erlebt einen heissen und trockenen Sommer 2018. Solche Wetterphänomene dürften keine Seltenheit mehr bleiben, der Klimawandel wird vermehrt für aussergewöhnliche Wetterereignisse sorgen.

Einen Klimawandel erlebe ich diesen Sommer auch persönlich. Von der St.Galler Staatskanzlei wechselte ich anfangs Juli ins EVP-Generalsekretariat nach Bern.

Das Klima im Bundeshaus ist deutlich angespannter als in der St.Galler Pfalz. National- und Ständeräte treffen sich nicht nur gerade an zwei Sessionstagen, sondern jeweils über drei Wochen hinweg und feilschen über komplexe – bisweilen trockene – politische Inhalte. Mehr als bloss heisse Luft soll die Politik der EVP sein. Bereits in einem Jahr beginnt die «heisse Phase» des Wahlkampfes 2019. Es gilt einen kühlen Kopf zu bewahren, damit wir dann mit unseren Themen und Anliegen Gehör finden und im Wahlkampf bestehen können.

Auch wenn eine Abkühlung des politischen wie auch meteorologischen Klimas nicht in Sichtweite scheint, bleiben wir getreu unserem neuen Slogan dran: Aus Leidenschaft für Mensch und Umwelt!

**ROMAN RUTZ**  
GENERALSEKRETÄR EVP CH  
[roman.rutz@evppev.ch](mailto:roman.rutz@evppev.ch)

## ABSTIMMUNGEN I: ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

# PROTEKTIONISMUS STATT ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Die von der Bauerngewerkschaft Uniterre eingereichte Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität» verlangt staatliche Eingriffe zur Förderung einer vielfältigen, kleinbäuerlichen und gentechfreien Landwirtschaft. Das Problem: Die Forderungen sind entweder bereits erfüllt oder einfach überrissen.

Die EVP-Delegierten beschlossen an der Delegiertenversammlung vom 23. Juni denn auch mit 58 zu 6 bei 6 Enthaltungen die Nein-Parole.

Im September letzten Jahres hatte das Schweizer Stimmvolk mit fast 80 Prozent Ja-Stimmen das Gesamtkonzept der Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung verankert – und damit ein klares Bekenntnis zu einer modernen, multifunktionalen Landwirtschaft und zukunftsorientierten Ernährungssicherheit abgegeben.

### Bereits erfüllte Forderungen

Die neue Initiative enthält einerseits Forderungen, die mit der heutigen Agrarpolitik bereits berücksichtigt werden, so etwa die Förderung einer bäuerlichen, vielfältigen und nachhaltigen Landwirtschaft, den Schutz des Kulturlandes oder das Verbot von Exportsubventionen ab 2019. Ebenso haben wir das Gentechnik-Motorium bereits verlängert.

### Überrissene Forderungen:

Andererseits werden Forderungen gestellt, die im Widerspruch zur Agrarpolitik des Bundes stehen: So verlangt die Initiative, dass der Bund den Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft durch staatliche Massnahmen erhöhen soll. Es ist wohl kaum Aufgabe des Bundes, sich in der landwirtschaftlichen Stellenbeschaffung zu engagieren. Eine zentrale Forderung der Initianten verlangt zudem, die Zölle auf den Import konventionell produzierter Lebensmittel zu erhöhen. Schutzmassnahmen an der Landesgrenze ja, aber über WTO-Limiten hinaus ist



Foto: Dirk Meisel

Klare Gründe gegen die Initiative für Ernährungssouveränität: EVP-NR Marianne Streiff an der DV vom 23. Juni in St. Gallen.

das politisch sehr heikel. Auch steigende Preise im Inland und negative Auswirkungen für die Entwicklungsländer stehen zu befürchten. Eigene Qualitätsnormen für Produktion und Verarbeitung sollen sich um die handels- und europarechtlichen Verpflichtungen der Schweiz füttern. Bei aller

Sympathie für einen gutgemeinten Ansatz: Die Initiative weist leider den Weg Richtung Abschottung und Planwirtschaft, weshalb die Delegierten sie auch klar abgelehnt haben.

**VON MARIANNE STREIFF**  
NATIONALRÄTIN EVP, BE  
[marianne.streiff@parl.ch](mailto:marianne.streiff@parl.ch)

## WARUM NEIN ZUR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT?

1. Die Forderungen werden mit der heutigen Agrarpolitik zum grossen Teil bereits berücksichtigt.
2. Der bereits angenommene Artikel zur Ernährungssicherheit bietet eine gute Grundlage dafür.
3. Die geforderten zusätzlichen Zölle und Einfuhrverbote verletzen internationales Handelsrecht.
4. Der aussenpolitische Handlungsspielraum der Schweiz würde durch Importrestriktionen eingeschränkt – mit negativen Folgen für den Arbeitsmarkt.
5. Stärkere staatliche Strukturlenkung und zusätzliche Marktingriffe schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.
6. Höhere Lebensmittelpreise würden vor allem untere Einkommen überdurchschnittlich belasten.
7. Die Initiative geht in Richtung Protektionismus und Planwirtschaft.

## «Sie sehen Menschen nur als Ware, die man kommerziell ausnutzen kann!»

Am Anfang steht oft der versprochene gute Job im Ausland. In der Schweiz schnappt dann die Schuld-knechtschaft wie eine Falle zu. Mit Drohungen und Gewalt werden die Opfer zur Prostitution gezwungen. Die Täter bleiben meist unbehelligt. Das Interview mit Expertin Irene Hirzel über moderne Ausbeutung, Strafverfolgung und sogenannte Loverboys, die minderjährige verliebte Schülerinnen sexuell ausbeuten.



**Irene Hirzel, Geschäftsführerin von act212\* leitet die Nationale Meldestelle für Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung. Diese will einen Beitrag zur Identifizierung von mehr Opfern leisten und ist auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen.**

**Irene, weltweit nimmt der Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung zu. Wie sieht es in der Schweiz aus?**

Momentan gibt es weltweit geschätzte 40,3 Mio. Opfer von Menschenhandel – inklusive denen, deren Arbeitskraft ausgebeutet wird oder die zwangsverheiratet werden. Die Schweiz ist Ziel- und Transitland. Die Zahlen für die Schweiz sind schwer zu schätzen. Wir sprechen von einem Hellfeld, also den Opfern die identifiziert wurden und einem Dunkelfeld, den Opfern, die nicht identifiziert wurden. Die Migration spielt eine zentrale Rolle beim Anstieg des Menschenhandels. Momentan sind weltweit über 68 Mio. Menschen auf der Flucht. Diese entwurzelten Menschen sind alle gefährdet, irgendwo Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung zu werden. Die

Gründe ihrer Entwurzelung sind Armut, Krieg, Verfolgung, Katastrophen und globale Klimaveränderungen.

**Wer wird Opfer von Menschenhandel und sexueller Ausbeutung?**

Nebst den Flüchtlingen sind religiöse Minderheiten, Menschen mit Behinderungen oder mit unterschiedlicher sexueller Orientierung, Kinder, arme oder zerbrochene Familien besonders gefährdet, aber auch Frauen und Kinder die in Ländern aufwachsen, in denen Geschlechterdiskriminierung herrscht.

**Was weiss man über die Täterinnen und Täter?**

Täter können aus demselben Umfeld wie ihre Opfer stammen und sehen in ihrem Tun eine Art Karriere, die sie vorwärtsbringt. Sie können auch kleinen kriminellen Gruppierungen angehören oder weltumspannende Mafiaorganisationen sein. Eines haben sie alle gemeinsam: Sie wollen schnelles und einfaches Geld und sie verlieren jeglichen Skrupel vor ihrem Tun. Sie se-

hen Menschen nur als Ware, die man kommerziell ausnutzen kann. Wie es diesen Menschen dabei geht, ist ihnen völlig egal.

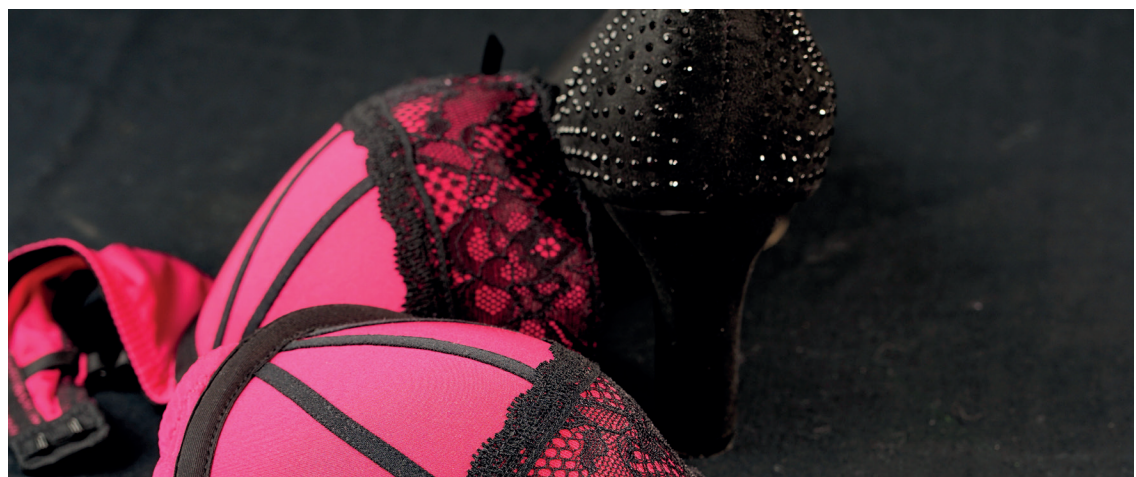
**Wie gehen die Täterinnen und Täter konkret vor? Wie schaffen sie es, ihre Opfer abhängig zu machen, um sie dann auszubeuten?**

Menschen, die in der modernen Sklaverei gefangen sind, werden durch psychologische und physische Mittel in eine Situation gebracht, in der sie vom Täter abhängig sind und sehr viel Angst haben. Deshalb schweigen sie gegenüber Polizei und Beratungsstellen. Ohne Zeugenaussage ist es jedoch schwierig, zu ermitteln oder ein Opfer zu identifizieren. Eine häufige Form des Menschenhandels ist die Schuldknechtschaft: Die Opfer sind meist in einer sehr vulnerablen (verletzbaren) Situation, in wirtschaftlicher Not und Perspektivenlosigkeit. Sie suchen eine Arbeit im Ausland, der Täter verspricht einen Job, Verträge werden unterzeichnet und der Täter «organisiert die Reise und Papiere». Nach

der Ankunft werden die Opfer mit den angeblichen Schulden konfrontiert, die sie durch die Jobvermittlung verursacht hätten. Das können mehrere 10'000 Franken sein. Die Opfer werden dann zum Beispiel in die Prostitution gezwungen, auch mit Schlägen und Vergewaltigungen. Die Täter drohen, der Familie alles zu erzählen oder ihr gar etwas anzutun. Das traumatisierte Opfer schweigt.

**Weshalb ist es für die Opfer in einem Rechtsstaat wie der Schweiz so schwer, sich selbst aus ihrem oft jahrelangen Martyrium zu befreien? Weshalb gehen sie nicht einfach zur Polizei und zeigen ihre Ausbeuter an?**

Eine Zwangsprostituierte oder ein Opfer von Menschenhandel wird von Schleppern in unser Land gebracht. Sie spricht die Sprache nicht, weiss oft nicht wo sie ist oder wohin sie sich wenden kann. Sie weiss, dass die Polizei in ihrem Heimatland korrupt ist und hat somit kein Vertrauen. Sie hat Familie zuhause und will nicht, dass ihr etwas geschieht. Selbst wenn



Fotos: pixabay.com

**In der Schweiz schnappt die Falle zu: Die Opfer müssen ihre «Schulden» abarbeiten.**

\* «ACT212 Beratungs- und Schulungszentrum Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung» ist ein politisch und konfessionell neutraler Verein mit Sitz in Bern.



## IM FOKUS I: MENSCHENHANDEL ZWECKS ARBEITSAUSBEUTUNG

sie zurückgeht, hat sie keine Chance eine Arbeit zu kriegen, muss aber ihre Familie durchbringen.

**Ist das Strafmass für Menschenhandel bzw. Zwangsprostitution hoch genug, um wirksam und glaubwürdig abzuschrecken?**

Das Strafmass für Menschenhandel im Art. 182 StGB kann bis zu 20 Jahre betragen. Leider wird das fast nie ausgeschöpft. Die meisten Strafen bewegen sich zwischen zwei bis drei Jahren.

**Von den wenigen Fällen, die beispielsweise im Kanton Zürich überhaupt aufgedeckt werden, können nur ein Bruchteil strafrechtlich verfolgt werden. Weshalb ist das so schwierig?**

Die Justiz muss sich auf die Aussagen der Opfer stützen. Die sind oft nicht kooperativ und so schwer traumatisiert, dass Zeugenaussagen in chronologischer Abfolge fast unmöglich sind. Ein Urteil wie im Prozess diesen Sommer in Biel\* ist leider eher selten. Hier konnte die Staatsanwältin 12 Jahre Haft fordern, weil 18 Frauen eine Aussage gemacht haben. Dieser Fall ist Gott sei Dank ans Licht gekommen, viele andere leider nicht.

**Was müsste aus eurer Frontsicht unternommen werden, um die Identifikation der**

**Täter, die Strafverfolgung und -ahndung zu verbessern? Wo erhofft ihr euch Unterstützung seitens der Politik?**

Wenn die Polizei potenzielle Täter abhören will, kostet das mehrere tausend Franken, so dass kleine Kantone sich das gar nicht leisten können. Schliesslich hat auch die Polizei ein Budget. Dann gibt es zu wenig Milieuaufklärer in den Städten, wie sie z.B. Zürich hat. Diese können Fälle aufdecken. Es fehlt also in vielen Kantonen an den notwendigen Ressourcen. Die Strafmasse müssten erhöht werden, das heisst: Bestehende Gesetze müssen besser ausgeschöpft werden. Und: Es kann nicht genug Sensibilisierungsarbeit geben.

**In letzter Zeit häufen sich Stimmen in der Schweiz, die Prostitution als Anschlag auf die Menschenwürde ansehen und ein Sex-Kaufverbot ähnlich wie in Schweden auch für die Schweiz fordern. Ein sinnvoller Weg?**

Es ist, glaube ich, allen klar, dass die wenigsten Frauen einfach so freiwillig in die Prostitution gehen. Viele kommen aus den oben genannten Gründen, haben eine Familie zu ernähren und versuchen einer Perspektivenlosigkeit zu entkommen. Das Nordische Modell wird meiner Meinung nach das Problem Menschenhandel nicht lösen, kann aber Impulse setzen und ein gesellschaftliches



**Loverboys machen junge Mädchen emotional abhängig und zwingen sie dann zur Prostitution.**

Umdenken fördern, zumindest im Bereich Prostitution. Die Wahl zwischen Armut und Prostitution, wie sie von Befürwortern der «freiwilligen» und «selbstbestimmten» Prostitution propagiert wird, ist keine Wahl, sondern eine Verfälschung der Tatsachen. ACT212 vertritt keine Ideologie, weil diese Menschenhandel nicht ausmerzen können, da braucht es sehr viel mehr.

**In den letzten Jahren häufen sich offenbar die Meldung von «Loverboy»-Fällen. Was genau verbirgt sich hinter diesem kuriosen Begriff?**

Das Phänomen «Loverboy» ist nicht neu. Es ist Kinderhandel, also ein schweres Verbrechen. Die Zuhälter sind meist junge Männer, die die Verliebtheit und Abhängigkeit minderjähriger Mädchen ausnutzen mit dem Ziel, sie zu prostituieren und viel Geld mit ihnen zu verdienen. Ist das Mädchen einmal in den Fängen des Loverboys, kommt es selber fast nicht mehr raus. Hier ist das eigentliche Drama, dass man in der Schweiz bisher nichts dagegen macht. Es ist unglaublich: Junge

Zuhälter beuten Schweizer Minderjährige aus und die Schweiz schaut nicht hin! Und somit weiss auch niemand genau, wie man damit umgehen soll. ACT212 will das mit der Fachtagung am 21. September und weiteren Schulungen ändern.

**Was kann jeder Einzelne von uns gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung in der Schweiz tun?**

Am Wirksamsten ist es, wenn man das eigene Konsumverhalten komplett auf nachhaltig und fair umstellt – inklusive den eigenen Pornokonsum stoppen, denn da werden sehr viel mehr Opfer ausgebeutet als man denkt. Dann: Informiert bleiben, an Schulungen und Fachtagungen teilnehmen. Und bei verdächtigen Beobachtungen eine Meldung bei uns machen und Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind, unterstützen. Kurz gesagt: Hinsehen statt wegschauen und verantwortungsbewusst leben.

**INTERVIEW: DIRK MEISEL  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**  
[dirk.meisel@evppev.ch](mailto:dirk.meisel@evppev.ch)

## DIE EVP IM NATIONALRAT

**In der Sommersession hat die EVP im Nationalrat zwei Interpellationen eingereicht: In der einen regt sie ein Strafminimum an, insbesondere bei minderjährigen Opfern. Sie fragt, was der Bundesrat unternehmen kann, um der Strafverfolgung von Menschenhandel in den Kantonen mehr Gewicht zu verleihen und wie er diese konkret finanziell stärker unterstützen kann. In der zweiten Interpellation fragt die EVP den Bundesrat, welche Möglichkeiten er sieht, die Kantone in der Präventions- und Aufklärungsarbeit über «Loverboy-Methoden» zu unterstützen und welchen Beitrag er dazu auf nationaler Ebene leisten kann.**

\* In Biel wurde diesen Sommer einer der grössten Fälle von Menschenhandel in der Schweiz vor Gericht behandelt. Eine 58-jährige Thailänderin wurde zu zehneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie mehr als 70 Landsleute in die Schweiz gelockt und zur Prostitution gezwungen hatte.

# «Zwang herrscht auch dann, wenn man weder Alternativen noch Auswege hat.»

Meist sind es Migrantinnen und Migranten ohne gesicherten Aufenthalt, in wirtschaftlich auswegloser Lage. Sie kennen weder Sprache noch Land, geschweige denn ihre Rechte. Sie leben weitgehend isoliert, haben kaum Privatsphäre, sind von ihren Arbeitgebern abhängig. Und sie schufteten. Oft rund um die Uhr, ohne Ruhezeiten und Arbeitnehmerschutz: Arbeitsausbeutung. Mitten in der Schweiz. Ein Interview mit Expertin Johanna Probst.



**Dr. Johanna Probst** ist Soziologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien der Universität Neuchâtel

**Frau Probst, sie sind Co-Autorin einer Studie zu Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in der Schweiz.\* Menschenhandel und Arbeitsausbeutung im Rechts- und Wohlfahrtsstaat Schweiz – das ist doch eigentlich kaum möglich?**

Wir denken bei Arbeitsausbeutung eigentlich immer zuerst an andere Teile der Welt. Menschenhandel mit der Schweiz als Zielland kennen wir eher im Bereich der Prostitution. Aber eigentlich ist es angesichts der wirtschaftlichen Globalisierung nicht wirklich verwunderlich, dass auch in der Schweiz in Niedriglohnsektoren, die nicht ins Ausland verlegt werden können, Arbeitskräfte – zumeist ausländische – ausgebeutet werden.

**«Menschenhandel» – was genau muss ich mir darunter vorstellen?**

Der Mensch wird nicht mehr als Mensch, sondern nur noch als Arbeitskraft gesehen und

behandelt. Sämtliche Schutzmechanismen, die Arbeit für den Menschen verträglich machen sollen, greifen nicht mehr. Die Person kann de facto nicht mehr selbstbestimmt handeln und unterliegt einem strukturellen Zwang, der sie an die Arbeitgebenden bindet.

**Wann spricht man von «Arbeitsausbeutung»?**

Meist dann, wenn ein Mensch unfreiwillig und unter Zwang arbeiten muss. Oder aber wenn die realen Arbeitsbedingungen gegen die Menschen- oder Arbeitsrechte verstossen.

Zwang kann auch dann bestehen, wenn eine Person in einer derart verletzbaren Situation ist, dass sie kaum oder keine Alternativen oder Auswege hat. Bisher hat die Schweiz keine objektive Grenze zwischen ungünstigen oder wucherischen Anstellungsverhältnissen und Ausbeutung definiert. In Deutschland hat man für eine solche Definition den Vergleich zur arbeitsrechtlichen oder gebräuchlichen «Norm» her-

angezogen.

**Mitunter spricht man sogar von «sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen» – eine Übertreibung?**

Zumindest in manchen Bereichen kann man wohl schon davon sprechen, z.B. in der Haus- oder Landwirtschaft, wenn eine Person beim Arbeitgebenden lebt, keine Privatsphäre hat, quasi vollständig isoliert ist, rund um die Uhr, ohne Ruhezeiten und gänzlich ohne Arbeitnehmerschutz arbeitet.

**In welchen Branchen trifft man in der Schweiz auf Arbeitsausbeutung?**

Vermehrt in der Haus-, Bau- und Landwirtschaft, aber auch in der heimischen Betreuung und Pflege, in der Hotellerie und Restauration. Ebenso in irregulären Sektoren wie Bettelerei oder Diebstahl. Insgesamt Branchen mit hohem Lohndruck, deren Arbeitsplätze nicht ins Ausland verlegt werden können und in denen das Salär einen grossen Teil der Produktionskosten ausmacht.

**Trifft man Arbeitsausbeutung häufig an?**

Zahlen sind hier extrem schwierig. Laut Expertinnen ist das Phänomen sicherlich häufig genug, um sich ihm politisch annehmen zu müssen. Die Dunkelziffer wird als hoch eingeschätzt. Es handelt sich um ein Kontrolldelikt, wobei die Kontrollen und entsprechenden Ermittlungen eben bislang eher dünn sind.

**Welche Menschen sind davon betroffen?**

Menschen, die sich in einer sehr verletzbaren (vulnerablen) Lage befinden. Meist Migranten ohne gesicherten Aufenthalt, nicht selten ohne Arbeitserlaubnis, mit nur wenig finanziellen Ressourcen. Sie haben meist kaum Sprachkenntnisse, kennen weder Land noch Gesellschaft, ebenso wenig ihre Rechte oder vorhandene Hilfsmöglichkeiten.

**Wie sieht es mit der Bekämpfung der Arbeitsausbeutung in**



Foto: pixabay.com

Sehr verletzlich: Opfer der Arbeitsausbeutung sind oft Migranten ohne gesicherten Aufenthalt.

\* Probst, J., Efonayi-Wäder, D., Bader, D. (2016): Arbeitsausbeutung im Kontext von Menschenhandel, SFM Universität de Neuchâtel, im Auftrag der KSMM.



## IM FOKUS II: MENSCHENHANDEL ZWECKS ARBEITSAUSBEUTUNG

### der Schweiz aus?

Seit etwa zehn Jahren wächst ein Bewusstsein für das Problem. Vorhandene Massnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel zwecks sexueller Ausbeutung werden teilweise aktiviert, wie zum Beispiel die kantonalen Runden Tische. Sie müssen allerdings angepasst werden. Die Koordinationsstelle gegen Menschenhandel und Menschenschmuggel (KSMM) ist ein wichtiger föderaler Akteur, der viele Vorstösse in diesem Bereich koordiniert. Die Identifizierung der Opfer und die Verfolgung der Täter gestaltet sich jedoch schwierig: Es gibt keine klaren bzw. unterschiedlich verstandene Definitionen, eine strafrechtliche Definition existiert nur auf internationaler Ebene. Die Betroffenen kooperieren nur sehr zurückhaltend mit der Polizei, aus Angst vor Ausweisung. Es fehlt an strafrechtlichen Opferschutz und Hilfe-Mechanismen. Ausserdem fehlt es natürlich an Ressourcen bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften, da die Ermittlungen sehr aufwändig sind.

**Experten\* sind sich weitgehend einig, dass die heutige Rechtslage und Strafverfolgung gegen Menschenhandel und Arbeitsausbeutung kaum abschreckende Wirkung hat. Warum ist das so? Was macht die Strafverfolgung und eine anschliessende Verurteilung so schwierig?**

Es kam bisher in der Schweiz nur zu extrem wenig Verurteilungen wegen Menschenhandel zwecks Ausbeutung der Arbeitskraft – Stand 2015 gerade einmal vier. Damit existiert faktisch noch keine Rechtsprechung auf diesem Gebiet, die Staatsanwaltschaften sind teilweise wenig sensibilisiert und informiert. Sie empfinden den Tatbestand Menschenhandel als schwer nachweisbar und mit hohen Hürden behaftet. Allerdings bezieht man sich dabei vermutlich zu wenig auf



Ob Bau, Landwirtschaft oder Pflege: Arbeitsausbeutung trifft man quer durch die Branchen an.

die internationale Definition, deren Rechtsquellen eigentlich nicht so hohe Anforderungen an die Beweisführung stellen.

**Wie kann es sein, dass sich das Ausnutzen der wirtschaftlichen Ausweglosigkeit eines Menschen in einem modernen Rechts- und Wohlfahrtsstaat wie der Schweiz für bestimmte Täterkreise wirtschaftlich lohnt obwohl es doch eine strafbare Handlung ist?**

Eben wegen dieser faktischen

richtig einzuschätzen und entsprechend darauf reagieren zu können. Das wäre für die Identifikation von Opfern und die Strafverfolgung der Täter sehr hilfreich. Vor allem auch die Sensibilisierung der gefragten Akteure (Arbeitsmarktbehörden, Polizei und Staatsanwaltschaften). Es bräuchte zudem deutlich mehr Investition und Ressourcen in der Kontrolle, in Beratung und Opferschutz sowie in Prävention und Aufklärung.

hätte bei einem vorhandenen strafrechtlichen Verdacht mehr rechtliche Möglichkeiten in der Ermittlung wie zum Beispiel die Überwachung der Täter. Insgesamt wäre eben eine rechtlich verbindliche Definition von strafbarer Ausbeutung sehr wichtig, denn diese ist im aktuellen Strafrecht (Art. 182) nicht enthalten.

**Ist das aktuelle Strafmass für eine Tat, die moderner Sklaverei gleichkommt, angemessen oder müsste es erhöht werden?**

Hier scheint mir vor allem die Gewinnabschöpfung ein wichtiger Hebel: Wenn die Täter die oft über Jahre nicht gezahlten Saläre, Überstunden und Ferienansprüche etc. effektiv an die Opfer zurückzahlen müssten, wäre viel gewonnen. Ausbeutung würden dann viel von ihrer wirtschaftlichen Attraktivität verlieren.

**Was kann ich als Bürger oder Bürgerin dazu beitragen, um die Situation zu verbessern?**

Es gibt einen nicht zu vernachlässigenden Anteil von Fällen, die auf Grund von Meldungen aus der Nachbarschaft aufgefliegen sind. Insofern kann manchmal schon eine gewisse Achtsamkeit im Alltag ein wichtiger Beitrag sein.

.....  
**INTERVIEW: DIRK MEISEL  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**  
dirk.meisel@evppev.ch  
.....

### DIE EVP IM NATIONALRAT

**In der Sommersession hat die EVP im Nationalrat eine Interpellation eingereicht. Darin regt sie einen eigenen Straftatbestand für Arbeitsausbeutung an, um endlich all diejenigen Fälle erfolgreicher strafrechtlich verfolgen zu können, in denen die wirtschaftliche Ausweglosigkeit der Opfer brutal und menschenverachtend ausgenutzt wird.**

Straflosigkeit. Ob oder ab wann es eine strafbare Handlung ist – darüber gibt es in der Schweiz einfach keinen ausreichenden Konsens. Auch ist das faktisch verhängte Strafmass für Menschenhandel tendenziell niedrig, sodass sich das Risiko offenbar lohnt.

**Wo müsste man Ihrer Einschätzung nach konkret ansetzen, um die Situation in der Schweiz zu verbessern?**

Klare strafrechtliche Definitionen und Richtlinien würden es ermöglichen, Situationen

**Was würde ein eigener Straftatbestand für Arbeitsausbeutung ändern?**

Ein solcher Straftatbestand würde den Unrechtsgehalt der Ausbeutung besser erfassen. Er würde gleichzeitig eine aufklärende und sensibilisierende Wirkung haben. Die Opfer hätten leichter Zugang zu den Schutzmechanismen des Strafrechts und würden bei der Verfolgung der Täter so auch eher mit der Staatsanwaltschaft zusammenarbeiten. Auch die Staatsanwaltschaft selbst

\* siehe auch Expertenpanel vom 3.10.2017 Neuchâtel, organisiert von SFM und SKMR

# FAIR-FOOD: ACHTUNG DER TIERE, DER MENSCHEN UND DER NATUR

Die sogenannte Fair-Food-Initiative fordert, dass der Bund Lebensmittel aus naturnaher, umwelt- und tierfreundlicher Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen fördert – egal, ob diese aus der Schweiz stammen oder importiert werden. Die Delegierten der EVP haben mit 55 zu 12 bei 3 Enthaltungen die Ja-Parole zur Fair-Food-Initiative beschlossen.

Der Bund soll das Angebot an Lebensmitteln stärken, die von guter Qualität und sicher sind sowie umwelt- und ressourcenschonend, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Dafür soll er die Anforderungen an die Produktion und die Verarbeitung festlegen.

## Gute Qualität im In- und Ausland

Er soll sicherstellen, dass auch bei Importprodukten eine nachhaltige Entwicklung gefördert wird. Eingeführte Erzeugnisse aus fairem Handel und bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betrieben sollen begünstigt werden. Die negativen Auswirkungen des Transports und der Lagerung von Lebens- und Futtermitteln auf Umwelt und Klima sollen



Foto: pixabay.com

Fairfood will Fairness gegenüber Tier, Mensch und Umwelt – und das im In- und Ausland.

möglichst reduziert werden.

## Gegen Sozial- und Ökodumping

Die Initiative will zudem faire Handelsbeziehungen und Nachhaltigkeit im Welthandel fördern und dem Abbau von

Standards durch Sozial- und Ökodumping entgegenwirken.

## Breiter Massnahmenfächer

Als Massnahmen soll der Bund Lebens- und Futtermittel zulassen sowie Vorschriften zur Deklaration machen können. Er kann Einfuhrzölle abstufen und die Vergabe von Zollkontingenten regeln. Er darf zudem verbindliche Zielvereinbarungen mit Importeuren und Detailhandel abschliessen. Er soll ausserdem die Vermarktung und Verarbeitung regionaler und saisonaler Produkte fördern.

## Gegen Lebensmittelverschwendung

Schliesslich sieht die Initiative Massnahmen vor, um Lebensmittelverschwendung einzudämmen. Insgesamt will sie einen achtsamen Bezug zu unserer Ernährung: Achtung der Tiere (keine Qual oder unnützes Leid), Achtung der Produzenten und Produzentinnen (gerechte Arbeitsbedingungen) und Achtung der Natur (Biodiversität)

sowie der Umwelt – und dies im In- und Ausland.

Eine Umsetzung im Rahmen der geltenden Handelsregeln ist laut einer Studie der Universität Bern mit dem Initiativtext möglich.

VON JANINA HEINIGER, REGIONALKOORDINATORIN \*JEVP  
janina.heiniger@evp-be.ch

## WARUM JA ZUR FAIR-FOOD-INITIATIVE?

1. Die Initiative stärkt das Tierwohl und will Importe von Fleisch und Eiern aus Tierfabriken und Massentierhaltung verhindern.
2. Sie will faire Arbeitsbedingungen bei der Herstellung von Lebensmitteln im In- und Ausland.
3. Sie will faire Handelsbeziehungen und Nachhaltigkeit im Welthandel fördern.
4. Sie will die ressourcen- und klimaschonende Herstellung von Lebensmitteln stärken. Sie fördert damit die naturnaher Landwirtschaft und den Schutz der Natur sowie der Artenvielfalt.
5. Regionale und saisonale Lebensmittel erhalten einen Marktvorteil gegenüber der globalen Agroindustrie.
6. Sie schafft dadurch zusätzlich Transparenz und Vertrauen und bringt wirtschaftliche Vorteile für die Region.
7. Die Initiative verlangt Massnahmen gegen die Lebensmittelverschwendung.

## IMPRESSUM

AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– /Jahr

Herausgeber: EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, www.evppev.ch

Redaktion und Grafik: Dirk Meisel (dm)

Adressen und Aboverwaltung: Sara Schnegg

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:

Dirk Meisel, Nik Gugger, Janina Heiniger, Irene Hirzel, Johanna Probst, Roman Rutz, Philippe Siraut, Marianne Streiff, Philippe Siraut, Ellen Tedaldi (Lektorat), Lukas Zimmermann (Iz)

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet

ClimatePartner®  
klimaneutral

Druck | ID: 53458-1410-1071



## Von einem koordinierten und geförderten Ausbau der Velowege profitieren faktisch alle

... Mit dem Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege werden die Velowege wie  
 ... Fuss- und Wanderwege in der Verfassung verankert. Das stärkt das Velowegnetz. Mit 67 zu 2 bei 1 Enthalt-  
 ... tung beschlossen die EVP-Delegierten an der DV im Juni in St. Gallen die Ja-Parole zum Bundesbeschluss.

Der Bundesbeschluss ist der direkte Gegenentwurf zur Velo-Initiative, für die auch die EVP Unterschriften gesammelt hatte. Die Initianten unterstützen die vorliegende Verfassungsergänzung nach eigenen Aussagen ohne Wenn und Aber. Sie haben deshalb ihre Initiative zurückgezogen. Auch Bundesrat, Nationalrat (115:70) und Ständerat (37:1) sagten sehr deutlich ja.

**Verfassung sinnvoll ergänzt:** Der Beschluss ergänzt den heutigen Verfassungstext dort, wo er Lücken aufweist:

1. Das Velo: Zusätzlich zu den Fuss- und Wanderwegen kommen nun auch die Velowege in die Verfassung.
2. Kantone und Dritte: Der Bund soll nicht nur kantonale Netze, sondern alle Netze koordinieren können, etwa die von SchweizMobil.
3. Information: Der Bund soll insbesondere auch mithelfen können, über Fuss-, Wander- und Velowege zu informieren.
4. Kantonshoheit: Die Kantone sollen explizit zuständig bleiben für die Fuss-, Wander- und

Anzeige



**Huwa**  
100 Jahre

Sanftes Waschen – Ihrer Wäsche zuliebe

**R. HUNZIKER AG**   
Waschmaschinenfabrik  
5728 Gontenschwil  
Tel. 062 773 11 70  
[www.huwa.ch](http://www.huwa.ch)



Foto: pixabay.com

Erhöht die Sicherheit für Velofahrende: Der Bundesbeschluss über die Velowege

Velowegnetze. Der Bundesbeschluss bietet die Möglichkeit, das Velofahren einheitlich und über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg zu fördern. Ausgebauete Radwege garantieren den Velofahrenden Sicherheit. Velos brauchen wenig Platz und verursachen keinen Lärm. Velofahren ist zudem die energieeffizienteste Art der Fortbewegung. Von der Förderung des Velofahrens und dem Ausbau der Velowege profitieren

faktisch alle. Der öffentliche Verkehr und Strassen werden entlastet, der Raumbedarf für Verkehrsinfrastruktur sinkt. Die Verfassungsergänzung fördert zudem das Miteinander von Auto, ÖV, Fussverkehr und

Velo und dadurch die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer.

.....  
**VON NIK GUGGER**  
**NATIONALRAT EVP, ZH**  
[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)  
 .....

### WARUM JA ZUM BUNDESBESCHLUSS VELOWEGE?

- |   |  |
|---|--|
| <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ausgebauete Radwege erhöhen die Sicherheit für Velofahrende</li> <li>2. Auch der Autoverkehr wird sicherer und flüssiger.</li> <li>3. Velowege werden gleich behandelt wie Fuss- und Wanderwege. Aufgehobene Velowege sind neu ebenfalls angemessen zu ersetzen.</li> <li>4. Der Bund übernimmt nur eine koordinierende und unterstützende Rolle, ansonsten bleiben Kantone und Gemeinden zuständig.</li> </ol> | <ol style="list-style-type: none"> <li>5. Das Velofahren kann so einheitlich und über Gemeinde- und Kantonsgrenzen hinweg gefördert werden. Das spart Zeit und Geld.</li> <li>6. Velofahren ist platzsparend, energieeffizient, gesund und umweltfreundlich.</li> <li>7. ÖV und Strassen werden entlastet, der Raumbedarf für Verkehrsinfrastruktur sinkt.</li> <li>8. Der Velotourismus und damit die Tourismusregionen profitieren.</li> </ol> |
|---|--|

## AUS DEN KANTONEN DER DEUTSCH-CH

### ZUVERSICHTLICH



St. Gallen, Zürich, Basel, Arbon, Chur, Tes-sin...

Eine der wichtigsten Funktionen von Parteien überhaupt ist die Teilnahme an Wahlen. Sie bieten dem Stimmvolk die nötige Auswahl, damit auf allen Ebenen unseres Staatssystems die Volksvertreter bestimmt werden können. Meine Aufgabe ist es, Sektionen und Einzelpersonen hinsichtlich anste-hender Wahlgänge zu begleiten und zu unterstützen. Ohne das enorme Engagement aller EVPler in der ganzen Schweiz wäre es undenkbar, die Politik unseres Landes mitzu-gestalten.

Auch wenn für uns als Klein-partei die Arbeit nicht immer einfach ist – es gibt viele Zei-chen, die mich für's kommende Wahl- und Jubiläumsjahr und darüber hinaus zuversicht-lich stimmen. So kämpfen wir zum Beispiel in St. Gallen für optimale Bedingungen, um 2020 den Wiedereinzug in den Kantonsrat schaffen zu können. Ebenfalls dürfen wir in Ba-sel-Stadt dank der Aufhebung der Wahlhürde zuversichtlich in die nächsten kantonalen Wahlen steigen. Es ist toll, dass wir immer wieder neues Feuer für unsere Arbeit entfachen können – ja sogar in neuen Ge-bieten wie in der Ost- oder Süd-schweiz. Fortsetzung folgt...

**LUKAS ZIMMERMANN**  
**PROJEKTLIEFER DEUTSCH-CH**  
lukas.zimmermann@evppev.ch

## AUS DEN KANTONEN DER ROMANDIE

### 1. EVP-BÜRGERMEISTER



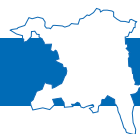
Was gibt's Neues seit dem Treffen der EVP-Ro-mandie im Sep-tember 2017 in La Neuveville?

Die EVP Genf ist mit regelmä-sigen Treffen und dem Aufbau einer \*jevp-Gruppe sehr aktiv. Im Kanton Waadt engagieren sich trotz ruhigem Nachwahl-jahr rund ein halbes Dutzend Mitglieder des Kantonalvor-stands, um einiges zu bewegen und die EVP im ganzen Kanton bekannt zu machen. In Fri-bourg sind einige kompetente und sehr motivierte Leute daran, die lokale französische EVP-Sektion wiederzubeleben. Die EVP Berner Jura freut sich über den Erhalt ihres Sitzes im

Grossen Rat und nimmt dank ihrer neuen Präsidentin Valérie Oppliger neuen Schwung auf. Ein sehr erfreuliches Ergebnis brachten die Kommunalwahlen im Kanton Jura: Zum ersten Mal regiert in Châtillon ein EVP-Bürgermeister. Im Wallis und in Neuenburg vernetzt sich die EVP neu. Auch laufen die Vorbereitungen für den neuen Begegnungstag der Romandie in La Neuveville am 15. Sep-tember auf Hochtouren. Am 13. Oktober findet in Lausanne zudem eine grosse Debatte zum Thema Digitalisierung in Gesellschaft und Arbeitswelt statt. Und: 2019 stehen die nationalen Wahlen und das 100-Jahr-Jubiläum der EVP an!

**PHILIPPE SIRAUT**  
**PROJEKTLIEFER ROMANDIE**  
philippe.siraut@evppev.ch

## KANTON AARGAU



### ENTSCHLOSSENHEIT!

In einem Postulat hat die EVP-BDP-Fraktion im Aargauer Grossrat Anfang Juni den Regierungsrat aufge-fordert, entschlossener gegen Menschenhandel vorzugehen. Die Regierung soll ein Mass-nahmenpaket erarbeiten, mit dem im Kanton künftig mehr Fälle von Menschenhandel auf-gedeckt und die Opfer besser geschützt werden können. EVP-Grossrätin Lilian Studer, die Initiantin des Postulats, fordert mehr Ressourcen und Spezialisten für die Aargauer Polizei. Sie hatte bereits 2015 eine Interpellation zum Thema Menschenhandel im Aargau eingereicht. Es sah so aus, als sei das Problem erkannt und es würde etwas geschehen. Doch die neuesten Zahlen zeigten: Obwohl der Aargau im interkantonalen Vergleich die viertmeisten Erotikbetriebe hat, deckt er im Vergleich mit

anderen Kantonen nur sehr we-nig Fälle von Menschenhandel im Rotlichtmilieu auf. In Solo-thurn waren es in den letzten neun Jahren 79 Fälle, im Aargau im gleichen Zeitraum nur deren zwei. «Das kann einfach nicht wahr sein. Ich erwarte jetzt, dass sich der Regierungsrat erneut Gedanken macht und klare Massnahmen festlegt», so Lilian Studer.



Will Taten sehen: Lilian Studer

## EVP FRAUEN SCHWEIZ

### TALENTE ENTDECKEN

Gaben und Talente erken-nen. Mitwirken! Unter diesem Motto trafen sich Anfang Juni rund 40 Frauen zur Impuls- und Vernetzungsta-gung der EVP Frauen Schweiz. EVP-Präsidentin und National-rätin Marianne Streiff ermu-tigte dazu, sich politisch und gesellschaftlich für ein christ-liches Menschenbild einzuset-zen. Iris Schelbert, Stadträtin Die Grünen, gab im Oltener Parlamentssaal Einblick in die kommunale Regierungsarbeit.

In den praxisnahen Work-shops am Nachmittag standen Themen wie Social Media, Wahlkampf, Vision oder Stil im Zentrum. ERF-Marketinglei-terin Verena Birchler machte im Workshop über die eigenen Stärken deutlich: Politik ist eine Bühne, auf der man sich und seine eigene Unverzicht-barkeit verkaufen muss. Fak-tensicherheit in der Sache und sich durch Widerstand nicht einschüchtern lassen, lautete einer ihrer Ratschläge.



Frauen entdecken ihre Stärken für die Politik



# Israel: Eintauchen in verschiedene Religionen, Kulturen, Landschaften und politische Konflikte

Vom 25. Juli bis zum 3. August erlebte eine 18-köpfige Reisegruppe aus \*jevp-Mitgliedern Israel in all seinen Facetten. Die Gesellschaft Schweiz-Israel machte es möglich. Sie übernahm einen grossen Teil der Reisekosten.

Unter der Leitung von Tourguide Moshe Gabay bereiste die Gruppe einen grossen Teil Israels: Von Tel Aviv führte die Reise an die Grenze zum Gazastreifen, weiter in die Wüste Negev, von dort aus dem toten Meer und dem Jordan entlang bis an den See Genezareth, in die Golanhöhen und weiter nach Haifa, von da aus nach Jerusalem und Ramallah und wieder zurück nach Tel Aviv.

Es war ein Eintauchen in verschiedene Religionen, Kulturen, Landschaften, aber auch politische Konflikte. Wir besuchten biblische Orte wie Jaffa, Kapernaum, Nazareth oder Jerusalem. Wir besichtigten bedeutende Gebäude wie die Knesset (israelisches Parlament), Yad Vashem (Holocaust-Gedenkstätte) oder die Grabeskirche. Als politischer Teil standen Treffen mit Vertretern der unterschiedlichen Seiten auf dem Programm, aber auch Treffen mit Zivilpersonen. Wir diskutierten bei einem Arbeitsfrühstück mit dem Schweizer Botschafter, ausserdem besuchten wir die Schweizer Vertretung in Ramallah. Von israelischer Seite trafen wir den



Fotos: Nicolai Grimm

Die \*jevp auf den Spuren Jesu im Nazareth Village.

ehemaligen Armeesprecher, einen Assistenten eines Knesset-Abgeordneten sowie einen Knesset-Abgeordneten und die Mitarbeiterin des Aussenministeriums, die unter anderem für die Schweiz zuständig ist. In Ramallah erklärte uns ein Vertreter der PLO (Palestine Liberation Organization) den Konflikt aus seiner Sicht. Besonders berührend waren die Berichte der Zivilbevölkerung: Bewohner eines Kibbuzes an der Grenze zum Gazastreifen berichteten von der Bedrohung durch den Terror der Hamas

und ihren Umgang damit, während junge Menschen aus Ramallah erzählten, welche beruflichen Schwierigkeiten sie haben, weil sie in ihrer Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt sind und es für sie schwierig ist, in der Wirtschaft zu bestehen. In der sonst schönen Landschaft waren immer wieder Spuren des Krieges und des Terrors sichtbar: Verbrannte Felder nahe des Gazastreifens, Checkpoints an der Grenze zur Westbank, vom See Genezareth aus sichtbare Raketen und

hörbare Detonationen auf syrischer Seite sowie alte Panzer, verlassene Militärstellungen und verminten Felder auf den Golanhöhen. Je länger die Reise dauerte, desto mehr wurde uns klar, wie komplex und vielschichtig die Konflikte in der Nahostregion sind und dass es dabei nicht nur schwarz und weiss, sondern viele unterschiedliche Grautöne gibt.

VON JANINA HEINIGER, REGIONALKOORDINATORIN \*JEVP  
janina.heiniger@evp-be.ch

Anzeige



Samstag | 22. September 2018 | 10 bis 15.30 Uhr

Evang. Kirchgemeindehaus Zürich Höngg  
Ackersteinstr. 190 | 8049 Zürich

Ab Zürich HB: Tram Nr. 13 Richtung Fränkental bis Meierhofplatz

[tsi-schweiz.ch/csi-tag](http://tsi-schweiz.ch/csi-tag)

## CSI-Tag 2018 ■ Sie sind herzlich eingeladen!

Anwältin Esther



Sri Lanka ■  
Zunehmende Bedrohung für religiöse Minderheiten

Franco Majok



Nigeria ■  
Religiöse Säuberung gegen Christen

Schwester Marie-Rose



Syrien ■  
Religiöse Minderheiten zwischen Hoffnung und Verzweiflung

Dr. John Eibner



NR° 3  
August 2018

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



A.Z.B.  
3001 Bern



## IN MEMORIAM

# ANWALT DER OBDACHLOSEN UND DROGENSÜCHTIGEN



Foto: Stiftung Pfarrer Sieber Werke

.....  
An Pfingsten ist alt EVP-Nationalrat Ernst Sieber im Alter von 91 Jahren gestorben. Wie kaum ein anderer setzte er sich zeitlebens für die Würde der Menschen am Rande der Gesellschaft ein. Für diesen leidenschaftlichen Einsatz bleibt er der EVP Vorbild und Inspiration.  
.....

Die Würde der Menschen am Rande unserer Gesellschaft stand im Zentrum des vielfältigen Engagements von Pfarrer Ernst Sieber. Als überzeugter Christ und «Jesus-Fan» setzte er sich zeitlebens für Randständige, Obdachlose und Süchtige sowie Flüchtlinge ein – und gegen soziale Ungleichheit: «Die Stärke unseres Staates wird am Wohl der Armen gemessen», erinnerte er wiederholt an die Schweizer Bundesverfassung.

### Motion fürs Bundesdörfli

Von 1991 bis 1995 politisierte Ernst Sieber für die EVP im Nationalrat, in den er mit einem Glanzresultat eingezogen war. Auch hier galt sein Engagement denen, die am Rand der Gesellschaft stehen, etwa als die Räte seine Motion mit überwältigenden 118 zu 9 Stimmen an den Bundesrat überwiesen, ein Selbsthilfedorf für ausstiegswillige Drogenabhängige zu schaffen: Das Bundesdörfli, sein Leben-

straum. Auch nachdem dieser Traum trotz erfolgreicher Annahme im Parlament an den politischen Realitäten in Bundesbern gescheitert schien, kämpfte Pfarrer Sieber unermüdlich weiter: Mit Brothuse, einer Siedlung für Randständige in Zürich Affoltern, wurde er schliesslich Wirklichkeit: Sozial desintegrierte Menschen tragen jeder nach seinen Fähigkeiten zum Gelingen dieser weitgehend selbst verwaltenden Gemeinschaft bei. Leidenschaftlich für die Würde der Menschen – wie kaum ein anderer lebte Ernst Sieber dieses zentrale Herzensanliegen der Partei.

### Asylfragen lösen

Während der europaweiten Flüchtlingsbewegung 2015 erhob er seine Stimme auch für die Menschen auf der Flucht: «Wenn wir es in Europa nicht fertigbringen, die Asylfragen zu lösen, müssen wir nicht mehr länger von Bürger- und Menschenrechten reden», mahnte

er seinerzeit im Tagesanzeiger.

### Auf einem Esel

Unvergessen bleiben auch seine medienwirksamen Inszenierungen, mit denen er seinen Anliegen symbolträchtig und originell Gehör verschaffte. Da liess er die Nationalratskolleginnen und -kollegen auch schon mal durch das ausgeschnittene Kreuz der Schweizer Fahne blicken, hob im Rat mahmend ein Holzkreuz in die Höhe oder stellte sich in Zürich auf einem Esel sitzend deeskalandierend zwischen Demonstranten und Polizei.

### Sein Herz schlägt weiter

In den Sozialwerken Pfarrer Sieber mit ihren mehr als zwanzig sozialen Angeboten und Einrichtungen wird das Lebenswerk Ernst Siebers weiterleben.

.....  
**DIRK MEISEL**  
**LEITER KOMMUNIKATION EVP**  
dirk.meisel@evppev.ch  
.....